

Information über die Sitzung des Gemeinderats am 21. Juni 2011

Ergänzungswahlen für Ausschüsse

Einstimmiger Beschluss:

In die Ausschüsse werden folgende Personen als Mitglieder oder Stellvertreter gewählt:

Bauausschuss

Dr. Ulrich Hettenbach (FDP) für Reinhard Pross (FDP)

Sozialausschuss

Dr. Ulrich Hettenbach (FDP) für Cornelia Becker (FDP)

Unterrichtung des Gemeinderats über Verträge der Gemeinde mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie Bediensteten 2010

Der Gemeinderat ist jährlich vom Bürgermeister in öffentlicher Sitzung über Verträge der Gemeinde mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie mit Bediensteten der Gemeinde zu unterrichten, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt. Für das Jahr 2010 ergeht Fehlanzeige.

Geruchsbeschwerden

Erfassungszeitraum November 2010 bis April 2011

In der Gemeinderatssitzung vom 15.04.2008 sagte die Verwaltung zu, den Rat regelmäßig über eingegangene Geruchsbeschwerden zu unterrichten. Für den Zeitraum von November 2010 bis April 2011 sind 12 Vorfälle aufgelistet.

Beteiligung an den Fusionsverhandlungen der Gemeinden Limburgerhof und Neuhofen

Auf Beschluss des Landtages vom 08.09.2010 wurde das Erste und Zweite Landesgesetz zur Kommunalreform am 28.09.2010 ausgefertigt.

Damit wurde ein seit Monaten viel diskutiertes Thema auf allen kommunalen Ebenen in Rheinland-Pfalz gesetzlich verankert. Wesentliche Aussagen des Ersten Landesgesetzes lauten:

„Zur Stärkung der Leistungsfähigkeit, der Wettbewerbsfähigkeit und der Verwaltungskraft der verbandsfreien Gemeinden und der Verbandsgemeinden werden die vorhandenen Gebietsstrukturen dieser kommunalen Gebietskörperschaften bis zum Tag der allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2014 verbessert.

Eine ausreichende Leistungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Verwaltungskraft haben in der Regel

- 1. verbandsfreie Gemeinden mit mindestens 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und*
- 2. Verbandsgemeinden mit mindestens 12.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.*

Maßgebend ist die vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz zum 30. Juni 2009 festgestellte amtliche Zahl der Personen, die mit alleiniger Wohnung oder, sofern eine Person mehrere Wohnungen hat, mit ihrer Hauptwohnung in der verbandsfreien Gemeinde oder der Verbandsgemeinde gemeldet sind.

... Verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden sollen mit benachbarten verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden desselben Landkreises zusammengeschlossen werden...

...Bei dem Zusammenschluss kommunaler Gebietskörperschaften sind vor allem die Erfordernisse der Raumordnung, landschaftliche und topografische Gegebenheiten, die öffentliche Verkehrsinfrastruktur, die Wirtschaftsstruktur und historische und religiöse Bindungen und Beziehungen zu berücksichtigen...

...Beschlussfassungen und Anhörungen ... im Rahmen freiwilliger Gebietsänderungen müssen bis zum 30. Juni 2012 erfolgen...

...Eine Gebietsänderung, die aus Gründen des Gemeinwohls erforderlich ist und nicht freiwillig erfolgt, wird nach vorheriger Anhörung der beteiligten kommunalen Gebietskörperschaften ohne deren Zustimmung durch Gesetz geregelt...“

Ziel des Landesgesetzes ist es also einerseits die Kostenstrukturen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zu optimieren und Verwaltungen effektiver zu gestalten, andererseits die Dienstleistungsfähigkeit der Verwaltungen für die Bürgerschaft zu erhöhen. Die im 1. Landesgesetz für die Leistungsfähigkeit festgelegten Einwohner-Untergrenzen werden von der Gemeinde Mutterstadt wie auch von den unmittelbaren Nachbarkommunen teils deutlich übertroffen, so dass derzeit für uns das Gesetz nicht greift. In der weiteren Nachbarschaft Mutterstadts sind allerdings unter anderem Neuhofen, Altrip und Lambsheim durch ihre Einwohnerzahl von weit unter 10.000 Einwohnern von dem Landesgesetz betroffen.

Einzelne der vom Land und von Parteien in Auftrag gegebene Gutachten gehen aber weit über diese Zahlen hinaus und sprechen von einem notwendigen ersten Schritt, dem weitere folgen müssen um auf Größenordnungen von mindestens 20.000 Einwohnern zu kommen. Auch im Rhein-Pfalz-Kreis und den angrenzenden Stadtverwaltungen wird die Diskussion geführt, über die beschlossene Kommunalreform hinaus eine Neuordnung der Gebietskörperschaften herbei zu führen, auch Eingemeindungen oder „Stadtkreise“ werden immer wieder thematisiert.

So könnten bei einem nächsten Schritt auch Gemeinden wie Mutterstadt, Limburgerhof oder die Verbandsgemeinde Dannstadt-Schauernheim in die Situation kommen, sich um Partner zur Fusion für eine größere Verwaltungseinheit bemühen zu müssen. Und dies gerade auch vor dem Hintergrund von Eingemeindungswünschen oder Stadtkreisgedanken, wie sie z. B. von den Städten Ludwigshafen und Speyer artikuliert werden.

Unabhängig von den Einwohnervorgaben des 1. Landesgesetzes haben aber etliche Gemeinden landesweit, so auch die Gemeinde Mutterstadt, defizitäre Ergebnishaushalte. Diese ergeben sich zumeist durch Mehrausgaben die auf gesetzlichen Vorgaben beruhen, und nicht durch Mehreinnahmen auszugleichen sind. Da Bund und Länder stark verschuldet sind und durch die gesetzlich vorgegebene Schuldenbremse selbst starke Sparanstrengungen unternehmen müssen, ist auch von deren Seite künftig keine bessere Finanzausstattung für die Kommunen zu erwarten. Es bleibt den Gemeinden also nur der Weg der Kostensenkung durch Effektivitätssteigerung, z. B. durch sinnvolle Fusionen und auch Kooperationen um künftig handlungsfähig zu bleiben.

Unter Berücksichtigung dieser Aspekte haben sich die Beratungsgremien der Gemeinden Neuhofen und Limburgerhof bereits intensiv mit dem Gedanken einer Fusion befasst und in beiden Kommunen gibt es Ratsbeschlüsse zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel der Gründung einer Verbandsgemeinde. Diese Verhandlungen wurden inzwischen aufgenommen. Das Hinzukommen weiterer Gemeinden in die Fusionsberatungen wurde aber ausdrücklich nicht ausgeschlossen.

Der Gemeinderat Mutterstadt hat mit einstimmigem Beschluss vom 14.12.2010 die Verwaltung beauftragt mit den umliegenden Gemeinden ergebnisoffene Gespräche zu führen, mit dem Ziel der Sondierung von Kooperations- und Fusionsmöglichkeiten. Inzwischen wurde am 07.02.11 ein Gespräch mit Vertretern der Gemeinde Limburgerhof geführt. Ebenso fand am 01.06.11 eine Unterredung zwischen Herrn Bürgermeister Veth aus Dannstadt-Schauernheim und Herrn Bürgermeister Schneider statt.

Nach Abwägung der bisherigen Erkenntnisse kommt die Gemeinde Limburgerhof wohl in erster Linie als möglicher Fusionspartner in Betracht. Diese Intention entspricht auch dem Antrag der SPD-Fraktion und wurde auch von der CDU so öffentlich in der Tagespresse artikuliert.

Die Verwaltung ist daher der Meinung, dass die Gemeinde Mutterstadt jetzt initiativ werden und den Verhandlungen der Gemeinden Neuhofen und Limburgerhof bezüglich einer Fusion beitreten sollte. Noch befinden sich deren Verhandlungen in einem Anfangsstadium, so dass ohne großen Verzug Dreiergespräche, auch unter Berücksichtigung Mutterstadter Anliegen, und somit der Auslotung eines größtmöglichen gemeinsamen Nenners möglich wären. Sind diese Verhandlungen zwischen den beiden Nachbargemeinden weiter fortgeschritten oder gar vertraglich abgeschlossen wäre eine anschließende Fusionsverhandlung unter Wahrung unserer Gemeindeinteressen sicherlich ungleich problematischer wenn nicht sogar unmöglich.

Allerdings sieht die Verwaltung weit höhere Einsparmöglichkeiten bei Bildung einer verbandsfreien Gemeinde, da eine komplette Verwaltungsebene mit Ortsgemeinderäten und ehrenamtlichen Ortsbürgermeistern sowie sehr viel organisatorischer Aufwand eingespart werden. Erfahrungswerte bzw. Berechnungen stützen diese Auffassung. Und dass dies nicht zu Lasten der Identität einzelner Orte geht beweisen die verbandsfreien Gemeinden Böhl-Iggelheim oder Bobenheim-Roxheim.

Festzuhalten bleibt, dass durch den Beitritt zu Verhandlungen eine Fusion noch nicht fest besiegelt ist.

Vielmehr sind die Ergebnisse Entscheidungsgrundlage für eine Fusion, die nur bei einem für alle Verhandlungspartner vertretbaren Kompromiss zustande kommt.

Und selbstverständlich – darauf legt die Verwaltung größten Wert – muss vor einer endgültigen Fusionsentscheidung eine umfassende Bürgerbeteiligung mit detaillierter Darstellung von Einsparpotentialen und den Maßnahmen zur Sicherung und Aufrechterhaltung eines umfassenden Bürgerservices stehen. Denn eine Fusion darf nicht zu Lasten der Leistungsfähigkeit der bürgernahen Verwaltung gehen!

Nicht zuletzt steht in den nächsten Wochen noch die Vorlage des für alle Gemeinden im Rhein-Pfalz-Kreis gefertigten Gutachtens zu möglichen Fusionen an. Dieses Gutachten wurde in Abstimmung mit der Kreisverwaltung und allen Kreisgemeinden vom Land in Auftrag gegeben und die Erkenntnisse daraus sollten ebenfalls in die Verhandlungen einfließen.

Insgesamt sieht die Verwaltung in vielen Berührungspunkten (Gewerbegebiet, Aquabella, Gemeindewald, Bahnhof, Schulen, Sportstätten, gemeinsame Verkehrsverbindungen mit kurzen Wegen, gemeinsame Wasserversorgung und nicht zuletzt familiäre Querverbindungen) eine stabile Basis für Fusionsverhandlungen mit unseren südlichen Nachbarn. Auch die beiden Verwaltungen mit Ihren Bürgermeister und Abteilungsleitern arbeiten in vielen Punkten konstruktiv zusammen.

Mutterstadt, Limburgerhof und Neuhofen begegnen sich am Verhandlungstisch Gemeinden auf Augenhöhe. Eine Zusammenlegung von Verwaltungen könnte durchaus Synergien nutzen, Geld sparen und die Dienstleistungsqualität für die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden erhöhen oder zumindest sichern. Zudem kann eine deutlich größere gemeinsame Verwaltungseinheit erfolgreich den Begehrlichkeiten der umliegenden Städte widerstehen, sich aus eigener Kraft weiterentwickeln und somit die eigene Identität besser wahren.

Aussprache:

Der Vorsitzende informiert, dass den Bürgermeistern gestern bei der Kreisverwaltung in einer nichtöffentlichen Besprechung ein Zwischenbericht des Gutachtens vorgestellt worden ist. Der Bericht wurde vom Land noch nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Es lässt sich deshalb heute nur so viel sagen, dass der Beschlussvorschlag dem Gutachten nicht widerspricht.

Ratsmitglied Hannelore Klamm (SPD) warnt vor den Bestrebungen Ludwigshafens sich durch Eingemeindungen auszubreiten. Schon bei der Verwaltungsreform von 1969 wollte die Stadt mehr als nur Ruchheim. Ludwigshafen hat lediglich 20.000 Einwohner mehr als der Rhein-Pfalz-Kreis. In Ludwigshafen werden die höchsten Einkommen von Rheinland-Pfalz erwirtschaftet, doch diese werden meist im Umland versteuert. Demgegenüber leben in Ludwigshafen aber die meisten Menschen mit den niedrigsten Einkommen.

Mutterstadt, Limburgerhof und Neuhofen haben zusammen 31.000 Einwohner. Eine Fusion erhält die Identität besser als eine Eingemeindung (siehe Ruchheim). Die demografische Entwicklung hat auch einen Rückgang der Steuerzahler zur Folge.

Ratsmitglied Andrea Franz (SPD) möchte durch Verhandlungsgespräche herausfinden, was möglich ist. Dazu ergänzt Ratsmitglied Lennard Nies (SPD), dass der Beschlussvorschlag dafür alles offen lässt. Ratsmitglied Isabel Schneider (SPD) sieht in der Erkenntnis, dass Limburgerhof und Neuhofen mögliche Partner Mutterstadts sein könnten, ein Ergebnis des Ratsbeschlusses vom 14.12.2010 zur Aufnahme von Sondierungsgesprächen.

Fraktionsvorsitzender Hartmut Kegel (FWG) hat gute Gründe für ernsthafte Verhandlungen, denn zwischen Mutterstadt und Limburgerhof gibt es historische und aktuelle Gemeinsamkeiten. Wenn es künftig weniger Gemeinden gibt, sollten auch die

Kreisverwaltungen auf den Prüfstand. Ratsmitglied Heribert Magin (FWG) möchte bei den Verhandlungen nicht hinterher kommen. Dies war auch schon die Aussage bei der Sitzung des Gemeinderats am 14.12.2010.

Ratsmitglied Leonhard Sebastian (CDU) möchte nicht, dass Mutterstadt die gebende und die anderen die nehmenden Gemeinden sind. Die Verhandlungen müssen ergebnisoffen sein. Er ist auch für eine Einheitsgemeinde offen, wenn dadurch Einsparungen zu erzielen sind. Mutterstadt ist in der vorteilhaften Situation, dass es fusionieren kann, jedoch nicht fusionieren muss. Deshalb sieht er Verhandlungen mit Limburgerhof und Neuhofen gelassen.

Ratsmitglied Dieter Anders (CDU) spricht sich gegen eine Eingemeindung nach Ludwigshafen aus. Die Identität Mutterstadts wird durch eine Fusion nicht verloren gehen. Er empfiehlt in die Gespräche einzusteigen, ehe Fakten geschaffen sind. Ratsmitglied Dr. Ulf-Rainer Samel (CDU) erinnert, dass die Ergebnisse der am 14.12.2010 beschlossenen Sondierungsgespräche noch ausstehen.

Für Fraktionsvorsitzende Katja Schulze-Berge (CDU) ist die Eingemeindung nach Ludwigshafen nicht realistisch. Einer Fusion steht sie skeptisch gegenüber, lässt sich aber durch Einsparmöglichkeiten gerne überzeugen, die sie allerdings noch nicht erkennen kann. Auch Ratsmitglied Stephan Heller (CDU) hält die Eingemeindung nach Ludwigshafen für ein Scheckgespenst. Ein großes Einsparpotential ist für ihn bei den gewachsenen Strukturen von Mutterstadt und Limburgerhof mit weit auseinander liegenden Ortskernen nicht zu erkennen.

Der Vorsitzende nimmt zu den vorausgegangenen Wortmeldungen Stellung:

Die Erfahrungen zeigen, dass bei Fusionen 15 - 40 % Einsparpotential besteht. Gerade im Rhein-Pfalz-Kreis gibt es Einsparmöglichkeiten, denn hier liegen die Gemeinden so nahe beieinander wie sonst nirgends in Rheinland-Pfalz. Verhandlungen haben das Ziel, dieses Einsparpotential zu erarbeiten. Warum sonst redet Limburgerhof mit Neuhofen?

Limburgerhof muss auch nicht fusionieren. Grund für Fusionsgespräche sollten im Übrigen die Haushaltsdefizite aus der laufenden Verwaltung sein, nicht vorauseilender Gehorsam. In Limburgerhof wurden Fusionsgespräche mit Neuhofen beschlossen und auch schon begonnen. Bloße Sondierungsgespräche machen somit keinen Sinn mehr. Die Vorstellungen von Limburgerhof und Neuhofen wurden bisher jedoch nicht konkret, so dass ein Einstieg in die Gespräche noch möglich ist. Allerdings werden wir vom Fortgang dieser Gespräche getrieben. Nächster Gesprächstermin ist der 30.06.2011.

Dass die Städte nach wie vor Eingemeindungen des Umlands wünschen, zeigt sich auch am Vorschlag des ehemaligen Speyerer Oberbürgermeisters, der den Rhein-Pfalz-Kreis auflösen und stattdessen die Stadtkreise Ludwigshafen, Speyer und Frankenthal bilden möchte.

Beschluss, bei zwei Enthaltungen:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, mit den Gemeinden Limburgerhof und Neuhofen in Kontakt zu treten mit dem Ziel, den Fusionsverhandlungen als dritter Partner beizutreten. Dabei sind Einsparpotentiale und ein künftiges Spektrum der Bürgerdienstleistungen zu ermitteln. Die Fraktionen sind an den Verhandlungen zu beteiligen und es hat zudem eine breite Bürgerbeteiligung zu erfolgen..